faulheit & arbeit

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

Sonnabend/Sonntag,
16./17. Dezember 2023, Nr. 293

■ Drucksachen

Der tunesisch-französische Schriftsteller und Soziologe Albert Memmi veröffentlichte 1957 »Porträt des Kolonisierten«. Ein Auszug

■ Schwarzer Kanal

Deutsche Staatsräson ist »Wiedergutmachung« durch Trägersysteme für Israels Atomwaffen. Von Arnold Schölzel

■ Reportage

Westjordanland: Jeden Tag nehmen Hunderttausende palästinensische Lohnarbeiter Ausbeutung und Marginalisierung in Kauf

■ XYZ

Ein großer Causeur. Über Friedrich Christian Laukhard (1757–1822): Aufklärer, Pfarrer und Erzähler in Veitsrodt

IMAGO/ULLI WINKLER

Konzert gegen den NATO-Raketenbeschluss im Palast der Republik (Berlin, 25.10.1983): Egon Krenz, Erster Sekretär des Zentralrats der FDJ, verliest die »Stellungnahme der fortschrittlichen Jugend der Welt«

»Nein, so war die DDR nicht!«

Über den zweiten Teil seiner Autobiographie, den Nahostkonflikt, das deutsch-russische Verhältnis und die Bedrohung des Weltfriedens.

Ein Gespräch mit Egon Krenz

Interview: Frank Schumann

Wie von Ihnen in Band I Ihrer Erinnerungen angekündigt, ist nach Jahresfrist nun der zweite Band erschienen, fast doppelt so dick wie der erste.

Es waren Schicksalsjahre der DDR. Sie zählen zu den wichtigsten in meinem Leben. Da war mir Gründlichkeit wichtiger als Schnelligkeit.

Lag's nicht auch an der behandelten Zeitspanne? Ihre Lebenserinnerungen reichen von 1973 bis 1988. In jenen fünfzehn Jahren waren Sie FDJ-Chef (in dieser Funktion auch Herausgeber dieser Zeitung, *jW*), Politbüromitglied und ZK-Sekretär. Großes Kino also.

Weniger Kino, mehr harte Arbeit. Rückblickend denke ich manchmal, es ging um Sein oder Nichtsein der DDR. Da stimmt das Bild von Peter Hacks mit der Macht und den Sorgen.

Sind Sie jetzt beleidigt, wenn ich nach der Lektüre sage: Das ist mehr ein Buch über Erich Honecker als über Egon Krenz?

Warum sollte ich deshalb beleidigt sein? Nein, aber Ihr Eindruck täuscht. Ich bemühe mich um ein geschichtlich korrektes Bild von Erich Honecker mit seinen Verdiensten und seinen Schwächen. Ich war viele Jahre mit ihm eng verbunden, im Westen war ich eine Zeitlang sein »Kronprinz«. Wir teilten Wissen und Beobachtungen, die kein anderer hatte. Honecker lebt nicht mehr. Und wenn ich eines Tages nicht mehr sein werde, würde dieses Wissen endgültig verschwinden …

… wenn Sie es vorher nicht aufgeschrieben hätten. Und zweitens?

Ich lege auch Wert auf die Feststellung: Dies ist meine Biographie, eine von etwa 17 Millionen DDR-Bürgern. Jeder hat die DDR anders erlebt, und jeder sollte seinen Kindern und Enkeln auch seine Erinnerungen hinterlassen. Wie verschieden die Erinnerungen des einzelnen auch sein mögen, wer ehrlich zu sich selbst und den Seinen ist, hat die DDR nicht so erlebt, wie ihre politischen Gegner sie uns oktroyieren, als ein Millionenhäuflein gegängelter Kreaturen, eingesperrt hinter einer Mauer mit einer schrottreifen Wirtschaft, umgeben von Mief und Muff und Spitzeln der Staatssicherheit. Nein, so war die DDR nicht! Anfang Februar dieses Jahres fand ich in der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* einen Leserbrief. Ich lese übrigens gern Leserbriefe, weil sich dort Stimmungen und Sachverhalte wiederfinden, die nicht im redaktionellen Teil der Zeitung stehen. Wir kennen das Problem bereits aus DDR-Tagen: Die Wirklichkeit und die Widerspiegelung der Wirklichkeit

■ Fortsetzung auf Seite zwei

Egon Krenz,

geboren 1937 in Kolberg (heute Kołobrzeg), war der letzte Staats- und Parteichef der DDR. In dieser Funktion sorgte er im Herbst 1989 dafür, dass es im Land friedlich blieb, als es implodierte und die Konterrevolution aktiv wurde.

Erscheint in der kommenden Woche: Egon Krenz, Gestaltung und Veränderung. Erinnerungen Bd. 2, Edition Ost, Berlin 2023, 448 Seiten mit 32 Seiten Bildteil, 26 Euro

■ Fortsetzung von Seite eins

in den Medien sind zwei Paar Schuhe. Über die unterschiedlichen Gründe damals und heute will ich hier nicht reden, das ist ein anderes Thema. Diese Karin Markert also, ich kenne sie nicht, beklagte in der *MAZ*: »Es ist erschreckend, wie wenig Geschichtskenntnis, -bewusstsein und Objektivität verantwortliche Politiker in diesem Land haben, und das nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf kommunaler Ebene.« Und ich füge hinzu: Diese Generation von Politikern, die glücklicherweise keinen Krieg mehr kennengelernt hat, spricht leider mit einer Leichtigkeit über Kriege, die mich erschreckt.

Nicht nur Politiker.

Gewiss, aber Politiker bestimmen die Narrative, die dann von anderen nachgeplappert und durchgesetzt werden. Was ich jetzt zum Beispiel wieder – im Kontext mit dem Krieg gegen die Palästinenser – vom vermeintlichen Antisemitismus in der DDR höre und lese, empört mich maßlos. Als »Beweis« für diese falsche Behauptung nimmt man die Tatsache, dass die DDR keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielt. Fakt ist, dass wir uns immer um diese Beziehungen bemüht haben – auch in dieser Hinsicht folgten wir dem sowjetischen Beispiel. Bekanntlich gehörte die Sowjetunion zu den ersten Staaten, die Israel anerkannten. Und darin folgte die UdSSR der UN-Resolution von 1947, die die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina vorsah. Israel, nicht wir, wollte keine diplomatischen Beziehungen. Einer der Gründe: Die DDR unterhielt gute Kontakte zu arabischen Staaten, die sie nicht bereit war aufzugeben. Ägypten war das erste nichtsozialistische Land, das den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch unterlief und die DDR völkerrechtlich anerkannte. Und nebenbei: Ulbrichts Staatsbesuch im Februar/März 1965 in Ägypten und die Ankündigung Syriens, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, trug schließlich dazu bei, dass die Hallstein-Doktrin begraben werden musste. Bonn wollte sich damit nicht abfinden.

Weil Bonn fürchtete, den Einfluss in dieser Region zu verlieren?

So sagte man. Und die bittere Pointe: Bonn schickte als Botschafter Rolf Pauls, ehemaliger Wehrmachtsoffizier und Ritterkreuzträger. 1942 vertrat er das Nazireich als Militärattaché in Ankara. Es gab damals heftige Proteste in Israel gegen dessen Berufung.

Sensibilität war noch nie die Stärke (west-)deutscher Außenpolitik.

Auch nicht der Innenpolitik. Wenn der Kanzler postuliert: »Wer Juden in Deutschland angreift, greift uns alle an«, stimme ich mit ihm überein. Wenn das aber dazu führt, dass jede Kritik an Israels Kriegführung in Gaza und jede solidarische Bekundung zu den Palästinensern als Antisemitismus denunziert und verfolgt wird, dann ist das ein politischer Skandal. Skandalös ist es auch, wenn der Krieg bejubelt wird.

Na ja, bejubelt … Sind Sie da nicht etwas zu hart?

Wie würden Sie die Schlagzeile in *Bild* vom 9. Juni 2023 interpretieren: »Ukraine-Offensive: Erstmals ›Leopard 2‹ auf Schlachtfeld gesichtet. Deutsche Panzer stoßen gegen russische Stellungen vor«?

Klingt martialisch wie der *Völkische Beobachter*. Wie die Sprache des »Dritten Reiches«.

Da schwingen Jubel, Genugtuung, ja Begeisterung mit. Hat es Konsequenzen gegeben? Nein. Verstehen Sie, weshalb solch gefährliches Getröte Menschen wie mich, die als Kinder den Krieg in Deutschland erleben mussten, gleichermaßen traurig und wütend macht? Auf diese Weise wird das Morden und Töten verharmlost, es ist wie ein Videospiel: Reset, und alles ist ungeschehen. Nein, eben nicht. Es sterben Menschen: Ukrainer, Russen, Palästinenser, Israelis … Und zwar auch mit deutschen Waffen, mit deutscher Munition. Die Gewinne der Rüstungskonzerne wachsen so schnell wie die Leichenberge: »Die Aktien der deutschen Branchenvertreter Rheinmetall und Hensoldt schossen wegen des Krieges im Vergleich zum Jahresanfang um zeitweise 168 und 129 Prozent in die Höhe«, hieß es in der *FAZ* bereits am 31. Mai 2022. Und am 19. November 2023 meldete die »Tagesschau«: »Der Wert der Rheinmetall-Papiere hat sich seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar des vergangenen Jahres von rund 90 Euro auf zuletzt etwa 270 Euro fast verdreifacht.«

> Wir haben 1989 nicht für die Friedfertigkeit der Ereignisse gesorgt, damit die Beziehungen Deutschlands zu Russland auf dem tiefsten Punkt seit dem Zweiten Weltkrieg sind.

Das wusste schon Carl von Ossietzky, der Pazifist und Friedensnobelpreisträger, den die Nazis auf dem Gewissen haben. »Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede«, schrieb er vor gut hundert Jahren.

Die Selbstverständlichkeit, mit der über diese Verbrechen heute gesprochen und geschrieben wird, empört mich maßlos. Menschenrechte zählen so wenig wie Menschenleben, Umweltschäden werden verschwiegen. In deutschen Städten werden Silvesterböller wegen Feinstaub verboten – aber wieviel Feinstaub durch detonierende Granaten und Militärfahrzeuge in die Luft geblasen wird, wie viele Wohnungen zerstört und Felder durch Panzerketten zerfurcht und wegen der Minen der Landwirtschaft entzogen werden … Darüber wird beharrlich geschwiegen. Was für eine verdammte Heuchelei. Wir haben 1989 nicht für die Friedfertigkeit der Ereignisse gesorgt, damit die Beziehungen Deutschlands zu Russland auf dem tiefsten Punkt seit dem Zweiten Weltkrieg sind. Das beunruhigt mich sehr.

In seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 zur »Zeitenwende« hat Scholz gesagt: »Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine. Aber der Krieg wird sich auch als Katastrophe für Russland erweisen.« Eine klare, aber im zweiten Teil irrtümliche Ansage. Die dann auch noch von der Bundesaußenministerin geschärft wurde. Sie wolle Russland »ruinieren« – heute erkennen wir: Die Politik der Bundesregierung ruiniert Deutschland.

Scholz wiederholt, etwa am 13. Oktober 2023, seine nach innen wie außen gerichtete Drohung: »Sollte sich die Situation durch Russlands Krieg gegen die Ukraine verschärfen, etwa weil die Lage an der Front sich verschlechtert, weil andere Unterstützer ihre Ukraine-Hilfe zurückfahren oder weil die Bedrohung für Deutschland und Europa weiter zunimmt, werden wir darauf reagieren müssen.« Was meinte er damit? Hatte der bei ihm übliche verbale Nebel einen konkreten Kern?

Seit 1951 lege ich an jedem 8. Mai am Treptower Ehrenmal mit Gleichgesinnten Blumen nieder. Immer den Rotarmisten im Blick, der das Hakenkreuz zerschlägt und seinen schützenden Arm um ein Kind hält. 2023 habe ich zum ersten Mal unter starker Polizeikontrolle mit ansehen müssen, wie einem jungen Russen verboten wurde, ein Duplikat des roten Siegerbanners, das 1945 auf dem Reichstag gehisst wurde, auf das Gelände des Ehrenmals zu tragen. Ich erinnerte mich an ein Lied, das ich als Zehnjähriger in der DDR-Schule gelernt hatte: »Tausende Panzer zerwühlten das Land, / hinter sich Tod und Verderben. / Weiten sowjetischer Erde verbrannt, / Städte in Trümmer und Scherben. / Doch allen Hass, alle Not überwand / Siegreich die Sowjetunion. / Brüderlich reicht sie die helfende Hand / Auch unserer deutschen Nation.« Ob die Russen uns ein zweites Mal die Hand reichen, ist angesichts des Russenhasses, den führende Politiker und Medien verbreiten, nur schwer vorstellbar.

Binnen weniger Jahre wurde das in Jahrzehnten mit diplomatischem Geschick mühsam aufgebaute System friedlicher Koexistenz von geschichts- und darum auch gesichtslosen Politikern zerstört. Vertrauen, das wichtigste Element der Politik, ist vernichtet. Die Staatsräson in der DDR lautete: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Von deutschem Boden muss Frieden ausgehen!

Ich erinnere mich der frühen achtziger Jahre, als der Frieden auf des Messers Schneide stand und Rainer Rupp, Aufklärer der DDR im NATO-Hauptquartier in Brüssel, den dritten Weltkrieg verhinderte, indem er Entwarnung signalisierte. Sie waren damals in dieser Phase in politischer Verantwortung.

Es war eine lebensbedrohliche Phase. In dieser Zeit lud mich der Oberkommandierende der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in sein Hauptquartier nach Wünsdorf ein. Im Arbeitszimmer von Armeegeneral Michail Saizew hing eine Karte, die durch einen grünen Vorhang verdeckt war. Er zog ihn zurück. Ich war erschrocken. Nichts würde von Deutschland übrigbleiben, wenn es zu einem Krieg käme. »Dai bog«, sagte Saizew, gebe Gott, dass es niemals dazu kommt. Er bat mich, Honecker zu bewegen, die Raketentruppen zu besuchen.

Und, hat er das »Teufelszeug« besichtigt, das in der DDR war?

Hat er. Im Buch ist das ausführlich beschrieben.

Honecker forderte, dass alle Raketen von deutschem Boden verschwinden. Und dabei hatte er bewusst nicht unterschieden zwischen US-amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen.

Dabei blieb er. Auch nach diesem Besuch. Das Politbüro hob sogar eine Verordnung aus den sechziger Jahren auf, die vorsah, in Neubaugebieten Luftschutzkeller anzulegen.

Warum?

Weil es gefährlich war, auf diese Weise die Illusion zu verbreiten, solche Einrichtungen würden bei einer atomaren Katastrophe irgendwie schützen. Die einzig wirksame Sicherheit, die einzige Überlebenschance, so unsere Überzeugung, war die Verhinderung des Krieges selbst. Deshalb beschlossen wir auch, keine kostspieligen Bunker mehr zu bauen. Zudem wurde im Politbüro festgelegt, den Militärhaushalt der Republik um mindestens zwei Milliarden Mark zu kürzen.

Nicht nur Russland haben deutsche Politiker auf ihrer Agenda, auch China. Auch dabei herrscht die gleiche kapitalistische Doppelmoral vor: Geschäfte ja, vernünftige politische Beziehungen nein. Wie waren die Beziehungen zwischen der DDR und China seinerzeit, als Moskau sagte, dass die Beziehungen zwischen Berlin und Beijing nicht besser sein dürften als die zwischen Moskau und Beijing? Und die waren seit Ende der sechziger Jahre bekanntlich nicht gut.

Hu Yaobang Generalsekretär der KP Chinas und Honecker kannten sich aus der Zeit, als beide an der Spitze ihrer Jugendorganisationen standen. Honecker schickte im Juli 1985, vier Monate nach Michail Gorbatschows Amtsantritt, den Planungschef der DDR, Gerhard Schürer, zu Wirtschaftsverhandlungen in die VR China. Hu hatte ein mehrstündiges Gespräch mit ihm, Schürer kehrte mit einer umfangreichen Botschaft nach Berlin zurück. Honecker befand sich im Jahresurlaub, ich vertrat ihn. So landete das Papier bei mir. Es war spannender als jedes andere Dokument, das ich bisher im Politbüro gelesen hatte.

Was war die Botschaft?

Es war nach meiner Meinung der Versuch der chinesischen Führung, nach dem Machtantritt Gorbatschows die guten Dienste der DDR zu nutzen, um der UdSSR ein Gesprächsangebot für einen Neuanfang zu machen. Ich rief nach der Lektüre Honecker in seinem Urlaubsquartier an und schlug vor, ihm die 22 Seiten von einem Fahrer bringen zu lassen. »Nein, keinen Zeitverzug«, entschied er. »Übermittle das Protokoll mit meiner Visitenkarte direkt an Gorbatschow.« Ich ließ das Material ins Russische übersetzen und bat den sowjetischen Botschafter zu mir. Wjatscheslaw Kotschemassow versprach, dass es noch am selben Abend auf Gorbatschows Schreibtisch liegen werde. Nun begann die Zeit des Wartens. Täglich rief mich Honecker an. Immer die gleiche Frage: »Hat sich Gorbatschow schon gemeldet?« Nach vier Wochen überbrachte der Gesandte Popow Gorbatschows mündliche Botschaft. Sie lautete im Kern: »Wir möchten den deutschen Freunden sagen, dass es Gründe gibt, an der Aufrichtigkeit Chinas zu zweifeln.« Ich schickte meinen Sicherheitsoffizier mit der Botschaft in Honeckers Urlaubsort. Als er sie gelesen hatte, rief er mich sofort an. Bis 1989 habe ich Honecker nie wieder so enttäuscht erlebt wie nach dieser außenpolitischen Ohrfeige Gorbatschows im Sommer 1985. Dann kam aus Honeckers Mund ein Urteil, das mir wehtat, weil es gegen die Sowjetunion gerichtet war: »Der denkt genau wie seine Vorgänger, wir seien seine Marionetten.« Es war eine Illusion zu glauben, die DDR könne zwischen Moskau und Beijing vermitteln. Hier ging es um Großmachtinteressen, die Gorbatschow zwar in eine neue Melodie brachte, deren Inhalt sich aber in keiner Weise von Lektionen Chruschtschows, Breschnews oder Tschernenkos unterschied.

Und trotzdem: Mein Verhältnis zu den russischen Menschen blieb davon unberührt. Bis heute. Egal, wer im Kreml regiert.

ANZEIGE

Muchas gracias!
Danke für Ihre Solidarität!

2023 war kein leichtes Jahr für Kuba: US-Blockade und Verleumdung als Terrorismus förderndes Land halten Kuba in der Wirtschaftskrise gefangen, befeuern Inflation und Mangel, heizen die Migration junger, gut ausgebildeter Menschen an, schüchtern Handelspartner ein.
Dank Ihrer Spendenbereitschaft antwortete Cuba sí auch 2023 der US-Aggression mit Solidarität: Mehr als 200.000 Euro erreichten die Landwirtschaftsprojekte in Mayabeque und Guantánamo; 8 Traktoren und Pflüge für mehr als 120.000 Euro unterstützen die Produktion; 10 Container mit medizinischer Ausrüstung, Praxismobiliar, landwirtschaftlichem Zubehör, Fahrrädern und Computertechnik im Wert mehrerer Hunderttausend Euro wirken zielgerichtet für Kubas Menschen.

Unterstützen Sie auch 2024 die Projekte von Cuba sí!

Cuba sí

Sonderspendenkonto
beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BELADEBEXXX
VWZ: „Milch für Kubas Kinder" + Ihre Anschrift

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Soziologe ■ Albert Memmi

Der wohlwollende linke Kolonisator

Der tunesisch-französische Schriftsteller und Soziologe Albert Memmi (1920-2020) veröffentlichte 1957 »Porträt des Kolonisierten«. Ein Auszug

Einigen wir uns auf eine praktische Terminologie und unterscheiden zwischen dem Koloniebewohner (»colonial«), dem Kolonisator (»colonisateur«) und dem Kolonialisten (»colonialiste«). Der Koloniebewohner wäre der Europäer, der in der Kolonie lebt, allerdings ohne Privilegien, so dass seine Lebensbedingungen nicht besser sind als die jener Kolonisierten, die seiner wirtschaftlichen und sozialen Schicht angehören. Aus Charakterveranlagung oder moralischer Überzeugung wäre er der wohlwollende Europäer, der gegenüber dem Kolonisierten nicht die Haltung des Kolonisators einnimmt. Also gut, sagen wir es gleich: Der so definierte Kolonialbewohner existiert nicht, weil alle Europäer in den Kolonien privilegiert sind. (…)

Nun hat aus verschiedenen Gründen historischer, soziologischer und psychologischer Art der Kampf der Kolonisierten um ihre Befreiung einen ausgeprägt nationalen und nationalistischen Charakter angenommen. Während die europäische Linke einerseits gar nicht anders kann, als diesen Kampf wie jede Hoffnung auf Freiheit zu billigen, zu ermutigen und zu unterstützen, empfindet sie andererseits ein tiefes Zaudern, eine echte Besorgnis über die nationalistische Form dieser Befreiungsversuche. (…) Nun erkennt der Mann der Linken nicht immer genügend deutlich den unmittelbaren sozialen Inhalt des Kampfes der nationalistischen Kolonisierten. Kurz gesagt, er entdeckt in diesem Kampf des Kolonisierten, den er a priori unterstützt, weder die traditionellen Mittel noch die letzten Ziele dieser Linken wieder, der er angehört. Und diese Besorgnis, diese Orientierungslosigkeit sind natürlich beim Kolonisator der Linken besonders ausgeprägt, d. h. bei jenem Linken, der in der Kolonie lebt und mit diesem Nationalismus tagtäglich zu tun hat.

Greifen wir als Beispiel ein in diesem Kampf eingesetztes Mittel heraus: den Terrorismus. Es ist bekannt, dass die Tradition der Linken Terrorismus und politischen Mord verurteilt. Seit die Kolonisierten sich dazu entschlossen haben, diese Mittel einzusetzen, ist der Kolonisator der Linken in einen tiefen Konflikt geraten. Er versucht, den Terrorismus von der bewussten Handlung des Kolonisierten abzutrennen, aus ihm eine bloße Begleiterscheinung von dessen Kampf zu machen: Das sind, so versichert er, spontane Ausbrüche von Massen, die zu lange unterdrückt waren, oder sogar Machenschaften von seiten zweifelhafter Elemente, die von der Führung der Bewegung schwer unter Kontrolle zu bringen sind. Selbst in Europa gab es nur wenige, die als Beobachter und Bewunderer zu sagen wagten, dass die Unterdrückung des Kolonisierten so unmenschlich und das Missverhältnis der Kräfte so groß war, dass dieser – moralisch gerechtfertigt oder nicht – diese Mittel schließlich bewusst eingesetzt hat. Der Kolonisator der Linken mochte sich noch so sehr bemühen, bestimmte Aktionen erschienen ihm einfach unverständlich, empörend und politisch sinnlos, zum Beispiel der Tod von Kindern der Fremden bei den Anschlägen oder sogar von Kolonisierten, die zwar nicht grundsätzlich gegen Kampf waren, diese bestimmte Praxis jedoch missbilligten. (...) Dass es die Grausamkeit der Unterdrückung ist, die die Blindheit der Reaktion erklärt, das konnte er als Argument kaum gelten lassen: Er kann beim Kolonisierten nicht gutheißen, was er selbst an der Kolonisation bekämpft. (…)

Allerdings bequemen sich die widerspenstigen Fakten fast niemals dazu, den Platz einzunehmen, den seine Hypothesen ihnen zuweisen, und das Unbehagen des linken Kolonisators bleibt lebendig und ergreift ihn stets aufs neue. Die Anführer der Kolonisierten können die religiösen Gefühle ihrer Untergebenen nicht verurteilen, das hat er eingesehen, aber so weit zu gehen, sich ihrer auch noch zu bedienen? Diese Proklamationen im Namen Gottes, der Begriff des heiligen Krieges beispielsweise, das ist ihm fremd und erschreckt ihn. Ist das wirklich noch reine Taktik? Wie sollte man übersehen, dass die meisten der ehemals kolonisierten Nationen sich, sobald sie befreit sind, beeilen, die Religion in ihre Verfassung aufzunehmen? Dass ihre neu entstehenden gesetzlichen Bestimmungen, ihre Rechtsprechung, kaum eine Ähnlichkeit mit den Prämissen von Freiheit und Demokratie aufweisen, die der linksstehende Kolonisator erwartet? (…) Wenn der Kolonisator der Linken die Kolonisation und sich als Kolonisator verneint, so geschieht das im Namen des Ideals. Und nun macht er die Entdeckung, dass es keine Verbindung gibt zwischen der Befreiung der Kolonisierten und der Anwendung eines linken Programms, mehr noch, dass er möglicherweise den Geburtshelfer einer Gesellschaftsordnung spielt, in der es keinen Platz gibt für einen Linken als solchen, zumindest nicht in der unmittelbaren Zukunft.

IMAGO/DTS NACHRICHTENAGENTUR

Kluft zwischen postuliertem Ideal und der Realität der Unterdrückten: Proisraelische Demonstration in Leipzig (19.11.2023)

Albert Memmi: Portrait du colonisé précédé du portrait du colonisateur. Paris 1957. Hier zitiert nach: Albert Memmi: Der Kolonisator und der Kolonisierte. Zwei Porträts. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre. Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main 1980, Seiten 28–46

Der Schwarze Kanal ■ Von Arnold Schölzel

Die Staatsräsonlegende

Der Berliner Politikwissenschaftler Martin Wagener erläutert in einem Gastkommentar für die *Neue Zürcher Zeitung* (*NZZ*) am Dienstag »Was Staatsräson heißt«. Seine Antwort: »Im Ernstfall müssten deutsche Streitkräfte zugunsten Israels intervenieren.« Bezugspunkt ist die Rede Angela Merkels am 18. März 2008 in der Knesset: »Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.«

Wagener meint, diese Heiligsprechung habe »lediglich zusammengefasst, was bereits seit 1949 Bestandteil deutscher Außenpolitik ist.« Für ihn hat die DDR nicht existiert. Vor Merkel hatte sie der damalige deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dressler (SPD), 2005 verkündet, sie steht im Koalitionsvertrag vom 24. November 2021, in der »Nationalen Sicherheitsstrategie« vom Juni und in der Rede von Olaf Scholz, gehalten am 17. Oktober in Tel Aviv.

Zwar gebe es, so Wagener, »immer wieder« Streit – »bei Themen wie der Zweistaatenlösung, den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und dem oft als überzogen wahrgenommenen Vorgehen Israels bei der Bekämpfung seiner Gegner, jüngst insbesondere wegen der Justizreform« –, aber die deutsche Unterstützungsbereitschaft sei »dadurch nie beeinträchtigt« worden. War also kein Streit.

Wagener korrigiert sich selbst, dass es um deutsche Intervention in Nahost gehe. Zentral ist nach ihm: »Die sechs U-Boote der Dolphin-Klasse, die vermutlich die nukleare Zweitschlagfähigkeit des Landes absichern, sind von der Bundesregierung in erheblichem Umfang mitfinanziert und in norddeutschen Werftanlagen gebaut worden. Das gilt auch für die vier Korvetten der Saar-6-Klasse, die im Kampf gegen die Hamas eingesetzt werden. 2022 wurde zudem die Lieferung von drei U-Booten der neuen Dakar-Klasse vereinbart; erneut wird ein Teil der Kosten übernommen. Dass sich die Nachrichtendienste der beiden Seiten austauschen, darf angenommen werden.« Staatsräson lässt sich demnach übersetzen mit: Die Bundesrepublik hilft Israel, seine Atombomben einzusetzen, wenn es das wünscht. Wie Wagener darauf kommt, dass das nur für eine Zweitschlagfähigkeit gilt, steht in seinem Artikel nicht. So wie Benjamin Netanjahu kurz vor dem 7. Oktober in der UN-Vollversammlung eine Nahost-Landkarte zeigte, auf der Palästina nicht vorkam, so hat er des öfteren mit der Vernichtung eines möglichen iranischen Atomarsenals gedroht, das dabei jeweils in sechs Monaten einsatzbereit sein sollte. Israel ist bis heute der einzige atomar bewaffnete Staat im Nahen Osten.

Am Montag, einen Tag vor Wagener, legte übrigens der US-Diplomat David H. Rundell ebenfalls in der *NZZ* dar, »Warum die Saudi Frieden wollen« – nämlich seit dem Treffen von Franklin D. Roosevelt und dem saudischen König Abdelaziz im Jahr 1945. Es ging laut Rundell weniger um Öl als um Palästina und die Frage, ob die Saudis eine Umsiedlung jüdischer Flüchtlinge aus Europa dorthin unterstützen würden. Abdelaziz habe gesagt: »Die Wiedergutmachung sollte durch den Verbrecher erfolgen, nicht durch Unbeteiligte. Welchen Schaden haben die Araber den Juden in Europa zugefügt?«

Roosevelt und Abdelaziz konnten nicht ahnen: Deutsche Staatsräson ist »Wiedergutmachung« durch Träger für Israels Atomwaffen. In den Händen Netanjahus und seiner faschistischen Minister. 2012 schrieb *jW*-Kommentator Werner Pirker (1947–2014) zur Staatsräson-Legende, dass »Deutschland mit Israel als seinem Gegenüber wieder zu einem führenden Akteur imperialer Gewaltpolitik geworden ist.« Darum geht's.

Deutsche Staatsräson ist »Wiedergutmachung« durch Träger für Israels Atomwaffen. In den Händen Netanjahus und seiner faschistischen Minister. 2012 schrieb *jW*-Kommentator Werner Pirker (1947–2014) zur Staatsräson-Legende, dass »Deutschland mit Israel als seinem Gegenüber wieder zu einem führenden Akteur imperialer Gewaltpolitik geworden ist.«

REUTERS/AMMAR AWAD

Endloses Warten und der Versuch, die Schlange vor dem Checkpoint in Bethlehem abzukürzen (7.7.2013)

Israels industrielle Reservearmee

Westjordanland: Jeden Tag müssen Hunderttausende palästinensische Lohnarbeiter Ausbeutung und Marginalisierung in Kauf nehmen. **Von Lena Schmailzl, Ramallah**

Wer die palästinensischen Arbeiter auf ihrem Weg zu den Baustellen des Landes begleiten will, muss früh aufstehen. Zwischen drei und vier Uhr morgens machen sich die ersten auf den Weg. Noch bevor die Sonne aufgeht, beginnt die Rushhour auf vielen Straßen im besetzten Palästina. Die Autos haben nur eine Richtung: zum nächsten Checkpoint. Auch in den Dörfern um Nilin, etwa 20 Kilometer westlich von Ramallah, fährt Wagen um Wagen vorbei, jeder vollbesetzt mit Männern in Arbeitskleidung. Am Straßenrand stehen weitere Arbeiter, die auf eine Mitfahrgelegenheit hoffen. Aus palästinensischer Richtung kommend, ist das erste sichtbare Zeichen des Checkpoints hier ein riesiger provisorischer Parkplatz. Um 5.30 Uhr morgens steht er schon weitgehend voll.

Etwa 200.000 palästinensische Arbeiter pendeln täglich hinter die Mauer oder in israelische Kolonialsiedlungen, um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Nicht wenige von ihnen arbeiten dabei auf Land, für das ihre Familien die Besitzurkunden haben. Modiin Illit, die Siedlung hinter dem Checkpoint Nilin, wurde nachweislich zu 44 Prozent auf Land gebaut, das Privatbesitz palästinensischer Familien ist und vor allem landwirtschaftlich genutzt wurde. Ihres Landes und ihrer Produktionsmittel beraubt, erhöht sich der Druck auf Palästinenser, ihre Arbeitskraft zu verkaufen – zur Not auch an dieselbe Besatzungsmacht, die für den Landraub verantwortlich ist. Marx bemerkte zutreffend, der Prozess der ursprünglichen Akkumulation müsse eigentlich als ursprüngliche Expropriation bezeichnet werden und sei in seinen Methoden »alles andere, nur nicht idyllisch«, sondern von »Eroberung, Unterjochung, Raubmord – kurz: Gewalt« bestimmt. Es ist diese Gewalt eines Prozesses der andauernden Enteignung, die den Alltag in Palästina, insbesondere im besetzten Westjordanland, bestimmt. Palästinensische Arbeiter errichten buchstäblich die Städte, die auf ihrem gestohlenen Land stehen.

Als die Arbeiter an diesem Morgen am Checkpoint ankommen, haben sie bereits viele Stunden der Erniedrigung und des Wartens hinter sich. Um legal in Israel arbeiten zu können, müssen sie ein repressives Genehmigungssystem durchlaufen. Dieses beinhaltetet einen sogenannten Sicherheitscheck durch die Ziviladministration der besetzten Gebiete und teils horrende Gebühren. Außerdem sind sie gezwungen, eine Vielzahl biometrischer Daten (inklusive Augenscan) an die israelische Besatzungsmacht abzugeben – ohne nachverfolgen zu können, was weiter mit den Daten passiert. Künstliche-Intelligenz-Systeme benötigen eine Vielzahl an Daten, um trainiert zu werden. Checkpoints, die täglich von Tausenden Menschen überquert werden müssen, sind aus dieser Sicht eine Goldgrube an Daten.

Amnesty International (AI) dokumentiert in einem Bericht zur »Automatisierten Apartheid«, dass tausend Palästinenser täglich zu unfreiwilligem Trainingsmaterial von Gesichtserkennungssystemen wie »Wolf Pack«, »Blue Wolf« und »Red Wolf« werden. Zwei Konzerne, die niederländische Firma TKH Security und der chinesische Staatskonzern Hikvision, stellen die Überwachungstechnik der israelischen Checkpoints. Das dortige Sicherheitspersonal überprüft, ob die Zuordnung der Systeme korrekt ist, so dass sie fortlaufend weiter trainiert werden. So wurden etwa Soldaten in Hebron angewiesen, mit Hilfe ihrer Smartphones »so viele Palästinenser wie möglich« zu scannen: »Das gamifizierte biometrische Überwachungssystem bewertet Militäreinheiten je nach Anzahl der aufgenommenen Bilder und schafft so Anreize, Palästinenser unter ständiger Überwachung zu halten«, heißt es dazu bei AI.

Neben den Firmen, die Überwachungstechnik stellen, haben auch Unternehmen, die Sicherheitsdienstleistungen stellen, ein sehr konkretes Profitinteresse am Checkpoint. Wenn man den Checkpoint in Nilin betritt, sieht man keine Soldaten. Wer einem statt dessen mit schweren Waffen ausgerüstet entgegentritt, sind Angestellte einer kommerziellen Sicherheitsfirma. Wie die meisten israelischen Checkpoints ist Nilin inzwischen privatisiert. Als meiner Tochter und mir der Durchgang verweigert wurde, drohte mir die Mitarbeiterin nicht etwa mit der leitenden Offizierin, sondern kündigte an: »Ich hole die Managerin.« Die firmengeführten Checkpoints sind bekannt dafür, dass sie deutlich restriktiver sind als die von der Armee betriebenen. Es gilt schließlich zu beweisen, dass sich das Outsourcen der Besatzung an private Firmen lohnt.

Teil der Masse

Auch an diesem Tag wird einigen Arbeitern der Durchgang verweigert. Warum, erfahren sie nicht. Sie laufen zurück, vorbei an den Gittern des Checkpoints, an dem sich inzwischen die Menschen stauen. Eng aneinandergepresst, schieben sie sich durch die Gitter des Checkpoints, während über ihnen der Sicherheitsdienst patrouilliert, der diesen Checkpoint betreibt. Etwa 15.000 Arbeiter passieren den Checkpoint täglich, schätzt Mahmud, der seit zwei Uhr nachts auf den Beinen ist, um an einem Stand vor dem Checkpoint frisches Brot zu verkaufen. Einige klettern über die Abgrenzungen, um schneller an die Drehkreuze zu gelangen. Andere rauchen erst noch in Ruhe eine Zigarette, bevor sie sich zu den anderen stellen, Teil der Masse werden, die durch Gitterstäbe und Drehkreuze geschoben wird. Der Begriff einer industriellen Reservearmee – morgens um sechs Uhr am Checkpoint von Nilin ist er greifbar.

Über die konkreten Interessen einzelner Unternehmen, die mit Überwachungstechnik und Sicherheitsdienstleistungen ihr Geld verdienen, hinaus hat das Genehmigungssystem zwei sehr grundlegende Funktionen für die israelische Ökonomie der Besatzung: Es wirkt repressiv auf Palästinenser und profitsteigernd für die herrschende israelische Klasse.

Die Genehmigungen werden branchenspezifisch und in Zusammenarbeit mit israelischen Unternehmen ausgestellt. Das ermöglicht es, Arbeiter gezielt in Bereiche zu schicken, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, durch Erteilung oder Entzug von Genehmigungen kann die Arbeitskraft je nach Konjunktur angezapft werden. Sie arbeiten in körperlich harten,

schmutzigen und gefährlichen Jobs und unter besonders prekären Umständen – Bedingungen, unter denen kaum Israelis bereit sind zu arbeiten.

Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina verwendet ein anschauliches Bild, um die zentrale Funktion palästinensischer Arbeiter in der Ökonomie der Besatzung zu beschreiben: »Einschränkungen der Bewegungsfreiheit stellten sicher, dass palästinensische Arbeitskraft eine Art ›Wasserhahn‹ wurde, der an- und abgestellt werden konnte, je nach ökonomischer und politischer Lage und Bedarf der israelischen Wirtschaft.« Genehmigungen werden für bis zu sechs Monate erteilt, können aber sowohl von Unternehmen und »Arbeitgebern« als auch den Besatzungsbehörden jederzeit annulliert werden. In der Pandemie waren die palästinensischen Arbeiter die ersten, die von einem Tag auf den anderen ihre Jobs verloren. Der Entzug der Arbeitsgenehmigung oder die Drohung damit werden gezielt eingesetzt, um Lohnforderungen der Arbeiter sowie alle Ansätze gewerkschaftlicher Organisierung anzugreifen.

Der unbegründete Entzug von Genehmigungen zielt darüber hinaus darauf ab, jede Form von politischer Organisierung gegen die siedlerkoloniale Besatzungsmacht zu unterbinden. Nicht nur Personen, denen unterstellt wird, politisch aktiv zu sein, droht der Entzug der Arbeitsgenehmigung, sondern auch ihren Familienangehörigen. Teils werden als kollektive Strafe sogar ganzen Dörfern und Ortschaften die Genehmigungen entzogen. Sicherheitsargumente der Besatzungsmacht, der Kampf gegen Arbeitsrechte und Profitinteressen der herrschenden Klasse gehen Hand in Hand.

Die Arbeit in den Siedlungen und von Israel annektierten Gebieten zielt auf eine Spaltung der palästinensischen Arbeiterschaft, ideologisch und praktisch. Während sich ein Teil aus Prinzip weigert, für die Besatzer zu arbeiten, nehmen andere die tägliche Erniedrigung hin, um sich und ihre Familien versorgen zu können. Als ich im Sommer 2023 mit den Arbeitern den Checkpoint passiere, liegt die letzte, mehrere Tage anhaltende Invasion in Dschenin erst wenige Wochen zurück. Im Westjordanland wurde in Solidarität mit Dschenin ein Generalstreik ausgerufen, Schulen, Universitäten und Geschäfte blieben geschlossen. Als ich einen Verkäufer frage, ob sich auch die Arbeiter hier am Streik beteiligt hätten, lacht er nur bitter: »Sie kamen aus Dschenin und Tulkarem hierher, um zur Arbeit zu kommen.« Weil die Checkpoints im Norden geschlossen oder durch streikende Palästinenser blockiert waren, fuhren die Arbeiter einmal quer durch das Westjordanland, um an ihre Arbeitsplätze zu kommen. Schon ohne solche Sonderfälle verlängert sich der Arbeitstag durch die Mauer und Checkpoints für viele auf 16 Stunden. Übermüdung und weite Arbeitswege erhöhen das Risiko von Unfällen, immer wieder mit tödlichen Folgen für die Arbeiter.

AP PHOTO/TSAFRIR ABAYOV

jeden Tag die gleiche diskriminierende Tortur: Ausweis- und Arbeitspapierkontrolle am Checkpoint in Aschkelon (11.11, 2014)

Ökonomie der Besatzung

So wenig wie die Mauer eine Grenze zwischen zwei völkerrechtlichen Gebieten darstellt, markiert sie eine Grenze zwischen zwei getrennten Ökonomien. Etwas wie eine eigenständige palästinensische Wirtschaft gibt es nicht. Umgekehrt ist die Realität der Besatzung in vielfacher Hinsicht zentraler Bestandteil der israelischen Ökonomie. Der Checkpoint und die Grenzlinie, an der er errichtet ist, markieren nicht etwa die Grenze zwischen zwei ökonomischen Räumen, sondern sind selbst Kristallisationspunkte einer Ökonomie der Besatzung.

Dabei hat die palästinensische Arbeitskraft aus israelischer Sicht mehrere Vorteile gegenüber israelischen oder aus anderen Ländern importierten Arbeitskräften: Die Lebenshaltungskosten in den besetzten palästinensischen Gebieten sind deutlich geringer, daher sind auch die Löhne palästinensischer Arbeiter niedriger. Dennoch liegen die Gehälter auf israelischen Baustellen etc. weit über dem palästinensischen Durchschnittslohn. Die Lebenshaltungskosten in den besetzten Gebieten betragen das Vierfache des Mindestlohns, die Erwerbslosigkeit ist hoch, jeder vierte Arbeitende ist arm trotz Arbeit. Niedrige Löhne und hohe Erwerbslosigkeit sichern einen ständigen Nachstrom an Arbeitskräften. Ein Bauarbeiter in Israel verdient doppelt soviel wie eine verbeamtete Lehrkraft an einem Gymnasium in Palästina. Anders als bei israelischen Arbeitern müssen auch die Reproduktionskosten der Arbeiter als Klasse nicht durch den israelischen Staat gedeckt werden. Zahlreiche Investitionen wie Straßenbau, Schulbildung, Infrastrukturmaßnahmen und die Gesundheitsversorgung werden von Einrichtungen der Vereinten Nationen und internationalen NGOs übernommen.

Ein zentrales Dokument in diesem Zusammenhang ist das »Protokoll über wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Regierung des Staates Israel und der PLO« vom 29. April 1994, oft auch als »Pariser Protokoll« bezeichnet (nachzulesen in deutscher Übersetzung auf den Webseiten der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, *jW*). Das Protokoll schreibt vor, dass Israel alle Außengrenzen in Israel/Palästina vollständig kontrolliert. Das führte dazu, dass etwa 2005 73,9 Prozent aller Importe in den besetzten Gebieten aus Israel stammten. Die Löhne, die die Arbeiter in Israel verdienen, geben sie gezwungenermaßen zu einem großen Teil für israelische Produkte aus, so dass ein relevanter Teil des Geldes wieder in die israelische Ökonomie zurückfließt.

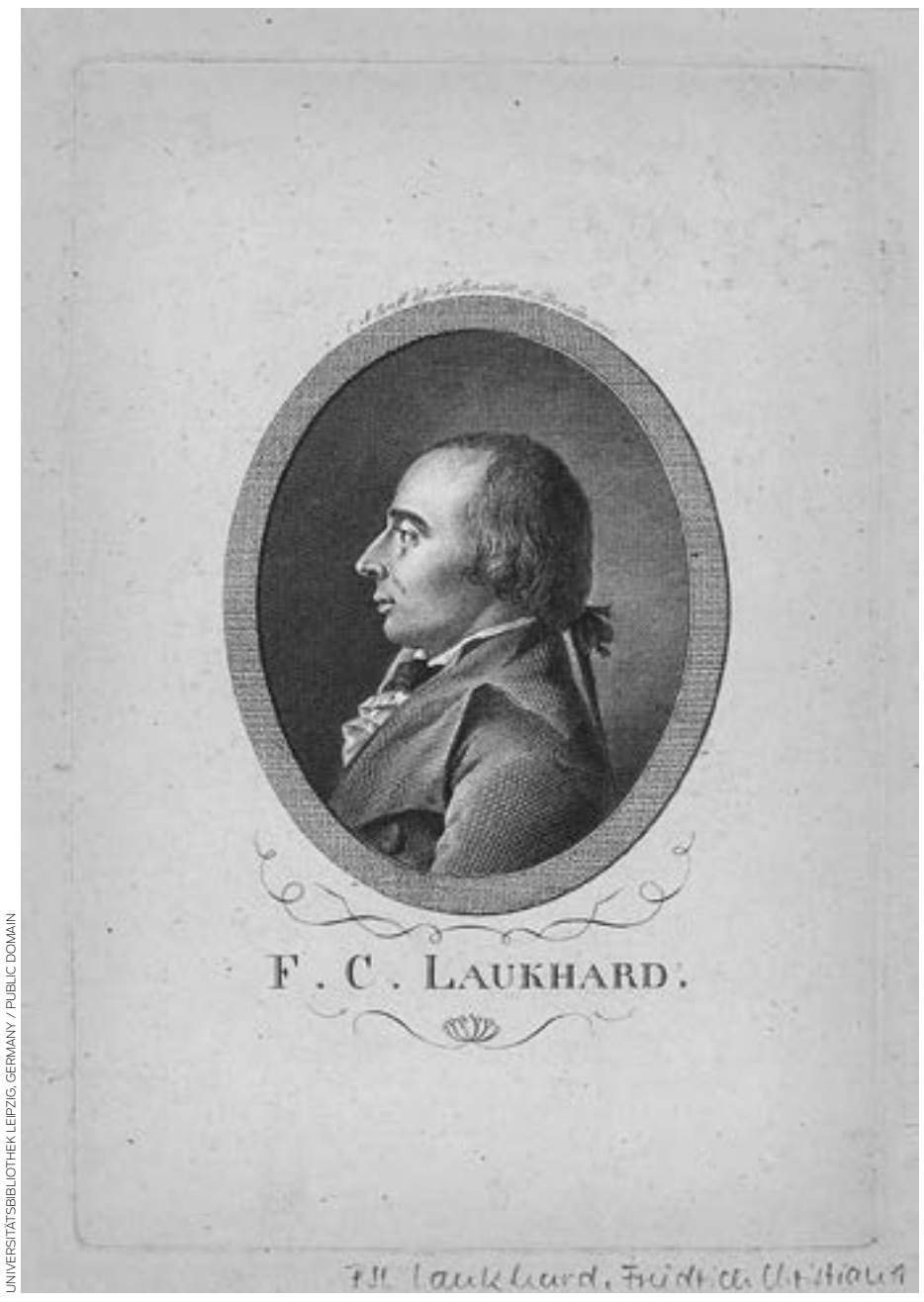
Shir Hever schreibt in seinem Buch »Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung. Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus« (2014), dass eine »räumliche wirtschaftliche Unterscheidung zwischen den BPG (besetzten palästinensischen Gebieten, L. S.) und Israel weitgehend künstlich« sei. Denn: »Es gibt kein Gebiet in Israel/Palästina, das frei von israelischer Kontrolle ist und in dem andere wirtschaftliche Gesetze gelten.« Allerdings betont er die rassifizierte Hierarchisierung dieser Ökonomie: »Es gibt (…) eine Unterscheidung, die Menschen und nicht Gebiete betrifft. Palästinensische Nichtstaatsbürger, die in den BPG leben, fallen unter ein gesondertes System von Regeln und Bestimmungen, leiden unter extremer Armut und Arbeitslosigkeit und erhalten nicht dieselben Dienst- und Sozialleistungen wie israelische Staatsbürger. Man kann von zwei Ökonomien sprechen, die unter israelischer Kontrolle koexistieren.«

Diese Hierarchie wird im Checkpoint in Beton und Stahl gegossene Realität. Oben entlang führt die Straße, auf der Autos mit israelischen Kennzeichen fahren dürfen. Sie ist neu asphaltiert, beleuchtet. Unten die Wege der Palästinenser, großteils nicht asphaltiert, staubig und mit großen Steinen auf dem Weg, die von Tausenden Stiefeln schon so glattgetreten sind, dass man leicht auf ihnen ausrutscht. Sie dürfen den Checkpoint ausschließlich zu Fuß überqueren. Selbst wenn sie in einem Auto mit israelischem Kennzeichen mitgenommen wurden, müssen sie kurz vor dem Checkpoint aussteigen.

Sinnbildlich zeigt sich hier ein zentraler Widerspruch des Siedlungskolonialismus: Indigene Arbeitskraft soll im Siedlerstaat, anders als im herkömmlichen Kolonialismus, nicht vor allem ausgebeutet, sondern beseitigt werden. Lorenzo Veracini zeigt in seiner Einführung in den Siedlerkolonialismus »Settler Colonialism. A Theoretical Overview« (2010), dass Ausbeutung und Beseitigen der indigenen Bevölkerung faktisch jedoch immer wieder eng miteinander verwoben sind. Er fasst die Position der Siedlerkolonisatoren zusammen in der Forderung: »Du, arbeite für mich, während wir darauf warten, dass du verschwindest.« Und so sind es palästinensische Arbeiter, von denen dieser Checkpoint am meisten genutzt wird, doch alles am Checkpoint ist darauf ausgerichtet, ihnen den Durchgang so beschwerlich wie möglich zu gestalten. Und ihnen Morgen für Morgen ihren Platz zuzuweisen: ganz unten in der Hierarchie.

PICTURE ALLIANCE/NEDAL ESHTAYAH / ANADOLU AGENCY

Mittlerweile sind die Checkpoints mit automatisierten Waffen und Gesichtserkennung aufgerüstet (Kalkilia, 1.5.2019)



UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK LEIPZIG, GERMANY / PUBLIC DOMAIN

Ein großer Causeur

Über Friedrich Christian Laukhard (1757–1822): Aufklärer, Pfarrer und Erzähler in Veitsrodt.

Von Werner Jung

Ich versuche, es mir so vorzustellen: Als Friedrich Christian Laukhard 1804 sein Pfarramt in der Gemeinde Veitsrodt antritt, in erster Linie gewiss deshalb, weil ihn arge Finanznöte plagen, unterstützt von nur wenigen wohlmeinenden Gönnern, da kann der am 5. Juni 1757 in Wendelsheim bei Alzey Geborene bereits auf ein jahrzehntelanges – nennen wir es einmal so – abenteuerliches Leben zurückblicken. Dieses Leben hat er in seiner Autobiographie »Leben und Schicksale« Revue passieren lassen und schrieb sich damit in die deutsche Literaturgeschichte ein. Vor allem die ersten beiden Teile eines insgesamt auf sechs Teile angewachsenen Werks, erschienen 1792 in Halle, lassen einen Menschen erkennen, der die Dinge geradeheraus beim rechten Namen nennt, also kein Blatt vor den Mund nimmt, sondern – aufklärerischen Eingedenkens – auch vor vermeintlichen Äußerlichkeiten und Banalitäten, amouröse Sinnlichkeit eingeschlossen, nicht zurückschreckt.

»Ich bin ein Mann«, so empfiehlt er sich seinen Lesern bereits im Vorwort, »welcher keine Hilfe hat, kein Vermögen besitzt und keinen Speichellecker machen kann.« Und so beginnt er seinen Lebensbericht, seine eigentümliche »Selberlebensbeschreibung« (Jean Paul), chronologisch mit der Geburt in einem protestantischen Pfarrhaus – der Vater war Prediger in Wendelsheim »und gewiß einer ganz guten Besoldung bei einem sehr ruhigen Dienste« –, um danach die einzelnen Lebensstationen und Schicksalswege in meist kurzen Kapiteln darzustellen. Im Elternhaus von einer Tante erzogen, früh schon, als Sechsjähriger, mit dem Pfälzer Wein Bekanntschaft geschlossen, auf schlechten Schulen gewesen, studierte er dann zunächst in Gießen, schließlich Göttingen, Leipzig und Halle u. a. Theologie. Alles hätte durchaus gut und geradlinig verlaufen können, wenn er nicht – so würde man es heute ausdrücken – akademisch in Halle, wo er sich Hoffnung auf eine besser dotierte Stelle gemacht hatte, gescheitert wäre. Aus Frust und sicher auch Trotz dem Vater und der Familie gegenüber machte Laukhard, wie sein Biograph Hans Peter Brandt schreibt, »einen Schritt, der mit seinem bisherigen Leben brach: Er ging an den Weihnachtsfeiertagen des Jahres 1783 – gegen ein Handgeld von acht Louisdors – unter die Soldaten, wurde ein ganz gewöhnlicher preußischer Musketier. Die Sensation in der kleinen Universitätsstadt war perfekt: Die Gassenjungen liefen ihm auf der Straße nach und skandierten: Laukhard hin und Laukhard her – Laukhard kein Magister mehr!«

Damit setzte nun eine Phase in Laukhards Leben ein, die ihn nach seiner Rekrutenausbildung schließlich in den Krieg gegen Frankreich und damit gegen ein Land führte, dessen bürgerliche Revolution dem Feudalismus und seinen fürstlichen Repräsentanten den Kampf angesagt hatte. »Im Sommer 1792 überschritten die deuten Armeen die Grenzen, und Musketier Laukhard war dabei«, heißt es bei Brandt. Ihr Marsch führte sie über Luxemburg nach Frankreich, wo er den ganzen Vormarsch und die Einnahme von Longwy und Verdun mitmachte; dazu der überhastete Rückmarsch und die Kanonade von Valmy. »Er erlebte«, so wieder der Biograph, »Schlachten, Plünderungen, ›Drecklager‹, Lazarette (›Mordlöcher‹), Tod, Blut, Eiter, Schlamm und Kot. Seine Beschreibung der preußischen Feldlazarette, in denen die Verwundeten unter unmenschlichen, geradezu viehischen Verhältnissen krepierten, schildert er – nach entsprechender Vorwarnung – dermaßen drastisch, dass man wirklich überlegen sollte, ob man sich eine solche Lektüre zumutet.«

Interessant ist dabei vor allem Laukhards Einstellung. Geprägt vom Rationalismus aufklärerischen Denkens wie auch der französischen Philosophie – immer wieder erwähnt er als Vorbilder Voltaire, Montesquieu und Rousseau –, also sozusagen imprägniert von den Idealen und Forderungen der bürgerlichen Revolution, hegt er unverhohlene Sympathien mit den Revolutionären, um gleichwohl als Soldat loyal den eigenen deutschen Befehlshabern zu folgen. Die Schere im Kopf – Ausdruck einer paradoxen Situation. Doch es sollte noch schlimmer, noch dramatischer kommen. »Aus dem Krieg zurück in Landau«, soweit Dirk Sangmeister in seiner Laukhard-Monographie »Vertrieben vom Feld der Literatur«, »wechselt er heimlich die Fronten, lebt in der Folge in Frankreich, entkommt dort aber nur dank des Sturzes von Robespierre dem scharf geschliffenen Fallbeil der Guillotine, kehrt auf verschlungenen Wegen nach Deutschland zurück, findet nun aber erst recht keinen Platz mehr in der deutschen Gelehrtenrepublik und in der Literatur, auch keinen Halt im Leben. Er beginnt zu vagieren, erhält dann doch noch eine Pfarre in der französisch regierten Pfalz, wird aber schon bald wegen seiner ›gotteslästerlichen‹ Gesinnungen und seines Lebenswandels des Amtes enthoben und dann auch von den Franzosen aus politischen Gründen ins Gefängnis gesteckt (…).«

Damit haben wir aber schon vorgegriffen. Erst 1795, also nach zwölf Jahren, gelang es Laukhard schließlich vom Militär wieder freizukommen. Doch alle Bemühungen, an alter Wirkstätte an der Hallenser Universität eine Anstellung zu erhalten, scheiterten. Er verlegte sich – neben seinem Wirken als freiberuflicher Sprachlehrer wie Repetitor für Theologie – aufs Schriftstellerdasein. In rascher Folge erschienen eine Reihe von Romanen, Traktaten und Sachbüchern, bis er dann 1804 – »wie aus dem Nichts« (Brandt) – in den französischen linken Rheinlanden auftauchte. Eben in Veitsrodt, das einen protestantischen Seelsorger suchte. Der Historiker Hugo Klar schreibt: »Am 28. Messidor im 12. Jahr der Frankenrepublik (der 16.7.1804) unterzeichnete der Maire Kasten von der Mairie Herrstein, der Gemeinderath Johann Nickel Fritsch von Veitsrodt und Friedrich Christian Laukhard einen Anstellungsvertrag: Da der bisherige Pfarrer von Veitsrodt nach Bergen versetzt worden ist, erklärt die Gemeinde ›durch zu diesem Geschäft besonders bestimmten Deputierten, daß alle ihre Mitglieder aus besonderem Zutrauen sich entschlossen hätten, dem bisher bei der Universität zu Halle als Lehrer der Geschichte und der alten Sprachen angestellten Magister der Philosophie Friedrich Christian Laukhard von Wendelsheim, Kanton Alzey, Departement vom Donnersberg zu ihrem Pfarrer und Seelsorger anzunehmen‹.«

Dennoch, so Klar, der sich mit Laukhards Veitsrodter Zeit unter Auswertung der wenigen noch erhaltenen Archivalien intensiv beschäftigt hat, stimmte nie etwas mit diesem Pfarrer, der sich offensichtlich nur selten mit seinen Amtsobliegenheiten befasste, auch war das Ordnungsgemäße seiner Anstellung stets umstritten. Immerhin nutzte er seine Zeit, um die eigene literarische Produktion voranzubringen, und so entstanden während der Veitsrodter Jahre Romane, die nicht zuletzt alle auf eigenen Erlebnissen gründen. Insofern bildet die sechsteilige Autobiographie auch den Ausgangspunkt für Laukhards weiteres Schaffen. Nur bedingt trifft die Einschätzung von Ralph-Rainer Wuthenow in der von ihm herausgegebenen Sozialgeschichte der deutschen Literatur einer neueren Literaturgeschichte zu, wonach es sich bei Laukhards »Bericht« um »keine Autobiographie im strengen Sinne« handle, weil er »nur Erinnerungen aus einem abenteuerlichen Leben mitzuteilen« habe, »Begebenheiten des äußeren Daseins, nicht seiner geistigen und moralischen Entwicklung, Erfahrungen als Student, dann als Soldat der Koalitionsarmee im Kampf gegen die französischen Revolutionsheere«.

Die Leser von Laukhards Texten erfahren sehr wohl einiges über dessen Entwicklung, werden mit Lektüreeindrücken konfrontiert, die von den französischen Aufklärern über Lessing, den Laukhard als Lehrmeister begriffen hat, bis zur zeitgenössischen Produktion – etwa Klingers Stück »Sturm und Drang« oder Goethes »Werther«-Roman – reichen. Dann schildert er auch die Entwicklung des eigenen Schreibprozesses, des eigenen Werks, das er – ganz im Zeichen frühaufklärerischer Poetiken à la Gottsched – auf den Nutzen für die Leserschaft, durchaus in moralischem Sinne, abstellt, ohne dabei das selbstverständliche Vergnügen an und bei der Lektüre geringzuschätzen. So heißt es diesbezüglich im letzten kurzen Absatz des ersten Teils seiner Lebensbeschreibung: »Da steht nun Laukhard, wie er leibt und lebt, von vorzeiten und von jetzt, so individualisiert von innen und von außen, nach Anlage, Ausführung, Folge, Grundsätzen, Maximen, Gesinnungen, Handlungen, Sprache, so, daß in der Galerie der Menschen noch keiner sich ihm gleich hingestellet hat. Begaffe und begucke ihn denn jetzt, wer da will und kann! Mitleiden erregen wollte er nicht, nur ein wenig warnen, zurückscheuchen und -bessern!«

An dieser poetologischen Überzeugung hat der wackere Aufklärer lebenslang festgehalten. Und an einer weiteren fürs eigene Selbstverständnis bemerkenswerten Stelle aus dem ersten Teil seiner Autobiographie erhält der Leser ebenso gedrängte Informationen über den Stellenwert der für die deutsche Literaturgeschichte vergleichsweise neuen Form des (bürgerlichen) Romans wie zur üblichen Verbreitung von literarischen Texten in »Lesebibliotheken«, die auch für Laukhard eine nicht unerhebliche Bedeutung haben, und schließlich zum Verhältnis von »ästhetischem Schein« und »philosophischem Sein«: »Ich mißbillige keinesweges die Lesebibliotheken. Ich weiß, daß sie das beste Mittel sind, gute Kenntnisse und deren Anwendung durch wohlfeilen Umlauf gemeiner zu machen. Aber wer in einer solchen Bibliothek nichts sucht oder aufstellt als Romane, verfehlt diesen Zweck sehr. Ja, Bibliotheken, die weiter nichts enthalten als Romane, sind von keinem Nutzen, sind sogar offenbar schädlich. Sie verwöhnen die Seele zu einem unverhältnismäßigen Gebrauch ihrer Kräfte; sie bringen ihr einen entschiedenen Hang bei, sich mehr mit Vorstellungen von bestimmter als unbestimmter Art abzugeben, und erhöhen

Friedrich Christian Laukhard: Leben und Schicksale von ihm selbst beschrieben. (Hg.) Karl Wolfgang Becker. Leipzig 1989

Friedrich Christian Laukhard: Corilla Donatini, oder Geschichte einer empfindsamen Buhlerin. Halle 1804

Friedrich Christian Laukhard: Eulerkappers Leben und Leiden. Eine tragisch-komische Geschichte. Nach der Ausgabe von 1804 zum zweiten Male neugedruckt. Gießen 1911

Friedrich Christian Laukhard: Abentheuerliche und wahrhafte Begebenheiten des Amtmann St... und seiner Familie. 2 Bde. Altenburg und Leipzig 1814

H. Peter Brandt: Friedrich Christian Laukhards Leben und Leiden. Ein biographischer Essay. Idar-Oberstein 2001
Hugo Klar. Magister Laukhard, 1804 bis 1811 Pfarrer in Veitsrodt, in: Jahrbuch für Geschichte und Kunst des Mittelrheins und seiner Nachbargebiete. Bd. 22/23. Jahrgang 1970. S. 43–63

Guido Naschert (Hg.): Friedrich Christian Laukhard (1757-1822). Schriftsteller, Radikalaufklärer und gelehrter Soldat. Paderborn 2017

Robert Prutz: Menschen und Bücher. Biographische Beiträge zur deutschen Literatur- und Sittengeschichte des achtzehnten Jahrhunderts. Leipzig 1862

Dirk Sangmeister: Vertrieben vom Feld der Literatur. Verbreitung und Unterdrückung der Werke von Friedrich Christian Laukhard. Bremen 2017

Ralph-Rainer Wuthenow: Autobiographien und Memoiren, Tagebücher, Reiseberichte, in: Ders. (Hg.): Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Bd. 4. Zwischen Absolutismus und Aufklärung: Rationalismus, Empfindsamkeit, Sturm und Drang 1740–1786. Reinbek 1980. S. 148–169

dadurch die Empfindungs- und Einbildungskraft auf Kosten der Denkkraft oft ungeheuer. Da überdies die Gegenstände oder die Bearbeitung der meisten Romane über das Gebiet der wirklichen Welt hinausschwärmen, so flößen sie jungen Köpfen idealische Maßstäbe ein, die, gegen die wirkliche Welt gehalten, nie und nirgend passen, und bilden sie so zu Misanthropen, denen überall nichts recht ist.«

Ohne bei den Zeitgenossen tatsächlich jemals wirklich erfolgreich gewesen zu sein – so hat die Forschung nachgewiesen, dass »keins von Laukhards belletristischen Werken (…) je in toto eine echte zweite Auflage erlebt« (Sangmeister) hat –, hat Laukhard doch lebenslang viel und rasch geschrieben. Sein Werk umfasst rund 15.000 Seiten.

Dabei hat Laukhard stets ein gutes Gespür für den Zeitgeist besessen und in seinen Romanen aktuelle literarisch-künstlerische wie auch intellektuell-philosophische Erscheinungen verarbeitet. Auch heute noch kann man seinen Liebesroman »Corilla Donatini« (1804) als Reaktion und Auseinandersetzung mit dem frühromantischen Liebeskonzept lesen, das nicht zuletzt in Friedrich Schlegels »Lucinde« (1799) entwickelt worden ist. Anders als die (dem Schlegelschen Konzept von Laukhard allerdings gewiss zu Unrecht unterstellte) Libertinage und Frivolität, deren Unsittlichkeit angeprangert und eine bloß sinnliche Liebe der puren »Geilheit« überführt wird, endet nach vielen Verwirrungen und Händeln die Geschichte der Corilla Donatini im sicheren Hafen der Ehe und in der Versöhnung der zuvor getrennten und zerstrittenen Liebenden. Und bei Treueschwüren, die dennoch etwas Zweifelhaftes an sich haben: »Ich liebte und ehrte meine Gattin, und doch – man kann ein Mädchen, eine gute Frau lieben, und sich dennoch«, so der männliche Protagonist, »sinnlichen Reitzen ergeben.«

Subtext dieses Romans ist die Auseinandersetzung mit der zeitgleich erfolgreicheren, die Gemüter erregenden und den literarischen Markt beherrschenden Frühromantik sowie mit deren philosophischen Gewährsmännern, insbesondere J. G. Fichte und F. W. J. Schelling. Immer wieder prangert Laukhard den »Unsinn« »der Produkte der Herren Schelling, Schlegel, Tiek (sic!)« an, in denen er eine »Schule der pudelnackten Aesthetik« zu erkennen glaubt, wie es in »Corilla Donatini« heißt. Dabei entschlüpfen Laukhard zuweilen witzig-satirische Formulierungen, mit denen er die frühromantische Schule lächerlich macht. So im Falle des Philosophen, natürlich aus der neueren Schule der Fichte und Schelling, der Corilla mittels seiner öden Philosopheme zu bezirzen vermeint, worauf diese beinahe »ihm die Augen ausgekratzt hätte«, »und als der Philosoph es noch einmal wagte, ihr die Hand zu küssen, fühlte er die Kraft dieser schönen Hände auf seinen Backen«.

Auch in Laukhards zweitem Roman aus dem Jahre 1804, »Eulerkappers Leben und Leiden«, der auf Begebenheiten Laukhards aus seiner Gießener Studentenzeit zurückgreift und teils derb-drastisch amouröse Dinge zum besten gibt, spielt die Auseinandersetzung mit der Modephilosophie eine herausragende Rolle. Laukhard lässt z. B. Eulers »Programma«, mit denen sich dieser an der Gießener Universität vorstellen möchte, als blanken »Unsinn« erscheinen: »Ich würde meinen Lesern einige von seinen Rathschlägen und Anweisungen mittheilen: da aber der Hr. Professor Schelling in Jena seine Methodologie, welche in diesem Jahr erschienen ist, gerade nach Eulerschen Grundsätzen geformt, hat, so mögen meine Leser, wenn sie sonst gerne faden Obscurantismus lesen, nur das Schellingsche Werkchen zur Hand nehmen, um sich eine Vorstellung von unsers Eulers Programma und dessen Inhalt zu machen.« Zugleich warnt der Aufklärer vor dem verderblichen Einfluss modischer Romane, wie etwa dem von einem Antiquar seinem Protagonisten Euler empfohlenen »der im Irrgarten der Liebe herumtaumelnde Cavalier, oder Begebenheiten des Herrn von Elbenstein«.

Ein Titel, der deutlich auf die Tradition barocker Liebesromane anspielt. »Die schlüpfrigen Scenen, welche da beschrieben und recht à la Althing dargestellt waren, machten gewaltigen Eindruck auf beyde Liebende: Sie rückten einander näher. Euler ließ das Buch fallen, und umarmte Minchen: Seine Hände verirrten sich, Minchen widerstand nur schwach, und – doch was soll ich da weiter beschreiben: Man versteht mich ja doch.«

Laukhard hat Sinn für Effekte. So lässt er in seinem zweibändigen, wieder auf bestimmte Episoden des eigenen Lebens hinweisenden Roman »Abentheuerliche und wahrhafte Begebenheiten des Amtmann St… und seiner Familie« (1814) den damaligen Räuberhauptmann Johannes Bückler, genannt der Schinderhannes (vermutlich 1779–1803), auftreten – eine Figur, über die bereits zu Lebzeiten Geschichten und Legenden in der Eifel, im Hunsrück, an Mosel und Rhein in der Bevölkerung verbreitet waren. Nämlich Geschichten vom edlen Räuber einerseits, andererseits aber auch vom brutalen Kriminellen. Ob zur puren Unterhaltung oder aber auch zur sittlichen Besserung, sei bei Laukhard einmal dahingestellt. Aktuell ist er mit seinem Roman auf jeden Fall. Auf einer Wanderung Steins, die ihn nach Trier führen soll, landet er in einer Wirtschaft, wo ihm ein Zimmer für die Nacht bereitet wird. »Gegen Mitternacht wurde stark an die Hausthüre gepocht, endlich öffnete jemand, und gleich darauf trat der Hausknecht mit zwei Fremden in mein Zimmer.«

Und herein tritt, wie sich sogleich herausstellt, der Schinderhannes, der sich mit seinem Begleiter, dem schwarzen Peter, in das zweite freie Bett begibt, wo die beiden – vermeintlich unbeobachtet und ungehört, da sich Stein unter seiner Bettdecke verkrochen hat – ein Gespräch führen, das Laukhard in Dialogform wiedergibt. Der Schinderhannes will dort eine Geliebte, Nette, treffen, was Laukhard wiederum nicht zuletzt die Gelegenheit gibt, auf die moralische Fragwürdigkeit Bücklers hinzuweisen, der ja bekanntlich eine Verlobte hat. Die kurze Zeit später eintreffende Nette beschwert sich, weil sie ihren Hannes seit vier Wochen nicht mehr gesehen habe, worauf Bückler antwortet: »Närrchen, ich konnte nicht kommen. Ich hatte schwere Verrichtungen; da mußten wir den Juden zu Hottenbach ausplündern, item den Juden zu Erbesbüdesheim; da mußten wir Anstalten treffen, das Gestohlene an den Mann zu bringen (…).«

> Ich bin ein Mann, welcher keine Hilfe hat, kein Vermögen besitzt und keinen Speichellecker machen kann.

Es kommt, was kommen muss, »ein Auftritt, den ich nicht beschreiben darf, weil ihn alle Leser und Leserinnen schon von selbst errathen. Nachdem das Duodram einige Mal wiederholt worden war, rief Bückler seinen Gefährten Peter, und nun wurden der Nette seidene Tücher, silberne Löffel, ein silberner Nachtmahlskelch und einige andere Sachen von Werth eingehändigt, mit dem Auftrag, alles zu verkaufen, und für ihre Bemühung die Hälfte des Gelößten zu behalten, die andere Hälfte aber an Herrn Schinderhannes selbst, oder auf seine Anweisung auszuzahlen.« Danach verschwinden die drei, und der Ich-Erzähler Stein gibt am kommenden Morgen auf Nachfrage der Wirtin vor, überhaupt nichts gesehen und gehört zu haben.

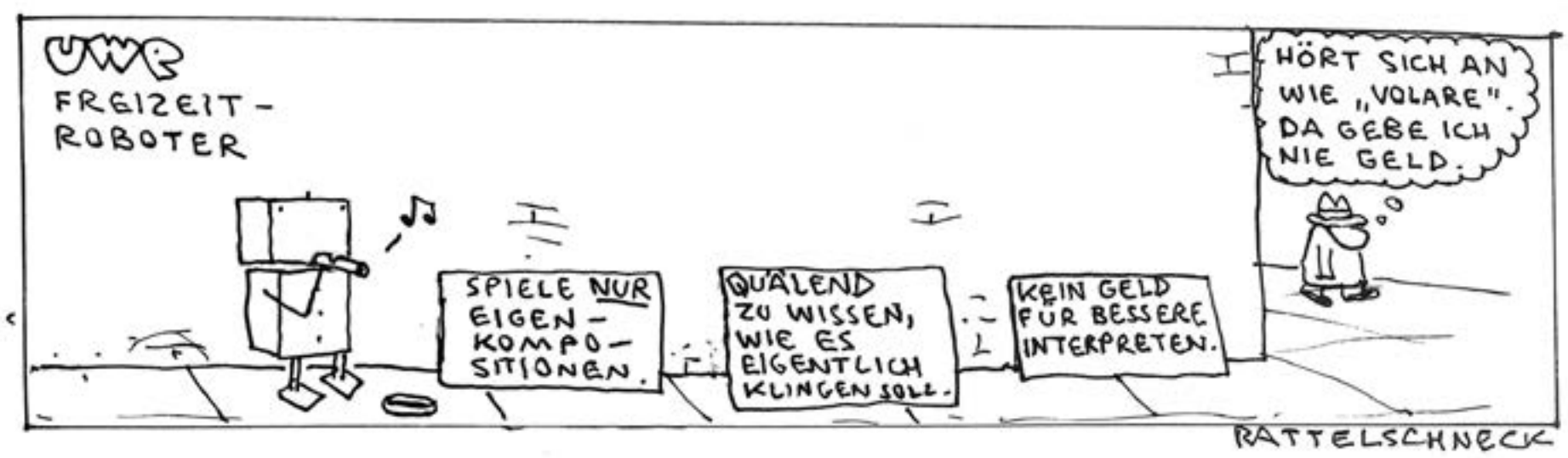
Warum Laukhard in seine weitschweifige Erzählung diese kurze Episode eingeflochten hat, mag zum einen daran liegen, dass er der Meinung war, aktuelle Vorgänge anpacken zu müssen, dann aber möglicherweise auch, um umlaufende Legenden zum Schinderhannes durch vermeintliche Wahrheit und Wahrhaftigkeit des Selbsterlebten, auch wenn dies auf märchenhafte Weise geschieht, zu widerlegen. Denn er weist ausdrücklich – und dies ist ein Markenzeichen seines Erzählens – auf zugehörige Literatur und andere Quellen hin, für die er Anmerkungen in seinen Text einfügt (in anderen Texten schlüpft er dabei auch in die Rolle des Setzers bzw. Korrektors und schafft somit weitere Textebenen): Bückler sei »der wahre Name des berüchtigten Schinderhannes, dessen Geschichte, aus lauter Lügen zusammengesetzt, in Halle bei Dietlein schienen (sic!) ist.«)

So oder so kann man heute gewiss Laukhard als einen Schriftsteller der Aufklärung – vielleicht genauer noch: der Volksaufklärung – bezeichnen, also als vormodernen Autoren, für den die traditionelle Poetikvorstellung (nicht zuletzt die Horazische Formel vom Nutzen und Gefallen der Dichtung) weiterhin gültig ist. Hervorzuheben sind zugleich sein wacher Blick auf das Alltagsleben der Menschen, sein Sensorium für die sich abzeichnenden historischen Umbrüche, die Sympathie für die Errungenschaften der Französischen Revolution und das Bedürfnis, sich in tagespolitische, literarische und philosophische Diskussionen bzw. Diskurse einzumischen. All dem kann man nicht nur in den hier erwähnten Texten, sondern im Gesamtwerk aller Orten begegnen. Das macht die Texte – entledigt man sich der goethezeitlichen Vorstellung vom originellen Kunstwerk – heute noch lesenswert. Partiell zumindest.

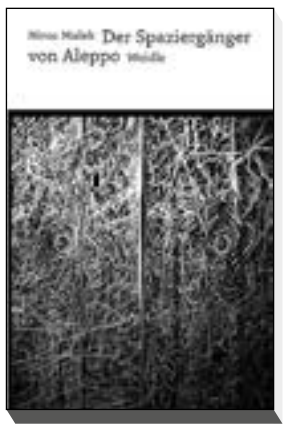
Es mag dabei zu seinem Naturell gehören, dem eines großen Säufers vor dem Herrn, der ein großer Causeur gewesen zu sein scheint, witzig, beredt und schlagfertig, auf der Kanzel und auch im Alltagsleben, dabei ungeheuer produktiv, ein in politischen Angelegenheiten hellsichtiger Kopf, also rundum ein Aufklärer reinsten Wassers, dass dieser Autor eben durchaus Unterhaltungsliteratur geschrieben hat, in einer Zeit des Übergangs, wo es mit der Etablierung einer Kunstliteratur (von Genies) gleichzeitig auch wieder zur Diskreditierung sogenannter Unterhaltungs- oder Trivialliteratur (die mit aufklärerischen Positionen verknüpft wird) kommt. Mit fatalen Folgen. Anders jedenfalls sind solche Boshaftigkeiten und Ungerechtigkeiten, die spätere Generationen gegenüber Laukhard vorgebracht haben, nicht zu erklären. Pars pro toto nur das Urteil von Robert Prutz – kurioserweise selbst einem 48er Revolutionär – aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der in seinen biographischen Beiträgen zur deutschen Literatur und Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts unter dem Titel »Menschen und Bücher« (1862) die »traurige, doch geschichtliche Bedeutung« Laukhards darin zu erkennen vermeint, »daß er, mitten in der ästhetischen Epoche unserer Geschichte, sich mit dämonischem Behagen wahrhaft wälzt in der allerunästhetischsten Roheit und Liederlichkeit«.

Werner Jung ist Germanist und lehrt an der Universität Duisburg-Essen. Zuletzt erschien an dieser Stelle sein Vortrag »Die Fortsetzung von etwas« über das Frühwerk von Georg Lukács in der Ausgabe vom 29./30. Juli 2017.

Uwe ■ Von Rattelschneck



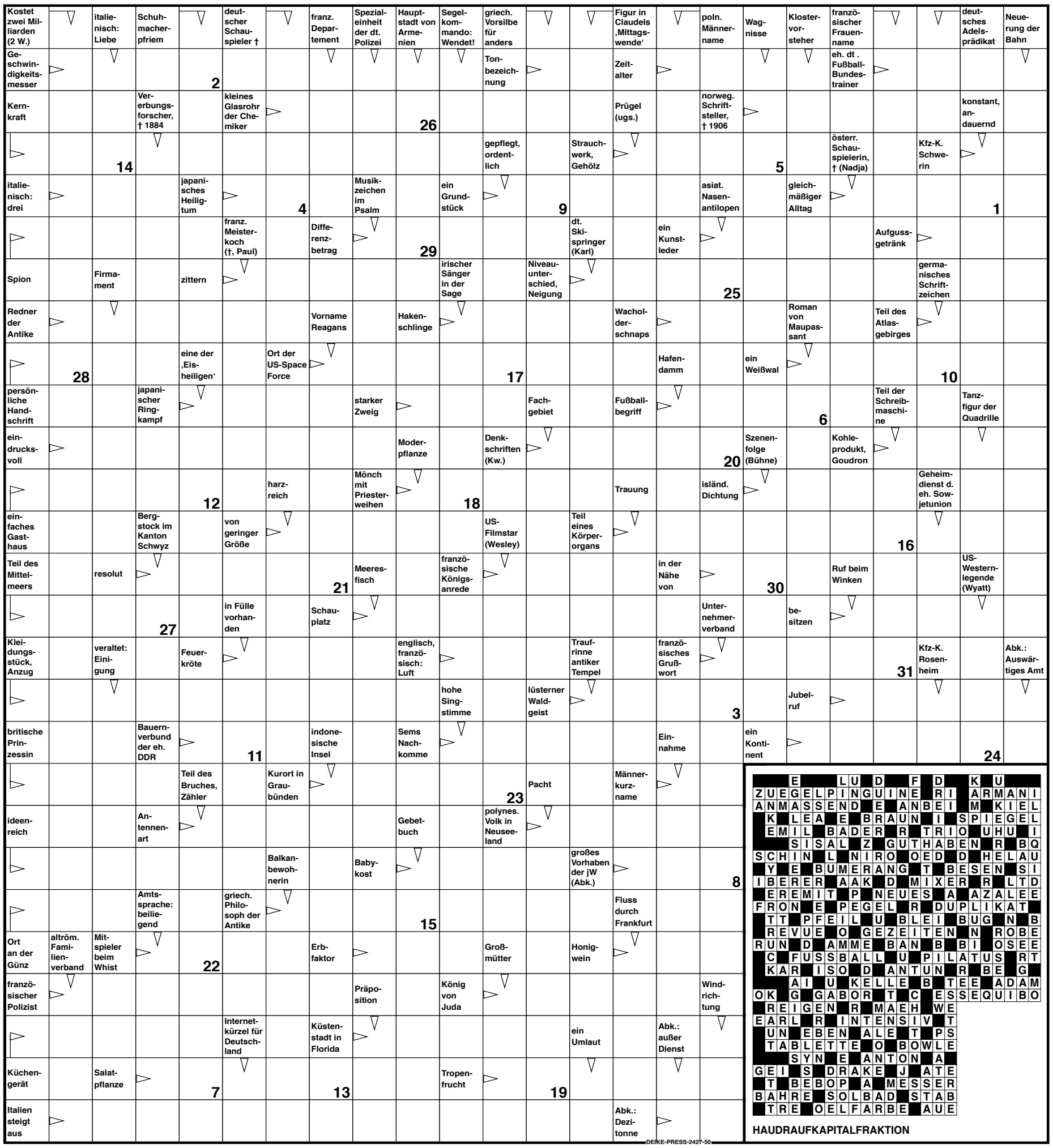
Unter den Einsenderinnen und Einsendern des richtigen Lösungsworts bis kommenden Mittwoch an *junge Welt*, Torstr. 6, 10119 Berlin, per E-Mail an redaktion@jungewelt.de oder jungewelt.de/wochenendraetsel verlosen wir zweimal das Buch:



»Der Spaziergänger von Aleppo« von Niroz Malek, ein Erzählband erschienen im Weide-Verlag.

Das Buch »Das Fenster zum Sommer« von Hannelore Valencak, ein Roman erschienen im Residenz-Verlag, haben gewonnen: Sabine Bessel aus Hamburg und Wolfgang Bermig aus Pößneck.

Teilnahmebedingungen:
Ihre Daten werden ausschließlich zur Bearbeitung der Verlosung genutzt. Sie werden nach einer Woche wieder gelöscht, die der Gewinner nach drei Monaten. Mit der Teilnahme erklären Sie sich im Falle eines Gewinnes mit der Veröffentlichung Ihres Namens und Wohnortes in der Tageszeitung *junge Welt* (Print- und Online-ausgabe) einverstanden. Bitte beachten Sie, dass Prämien nur verschickt werden können, wenn eine Postadresse angegeben ist. In Ausnahmefällen kann eine Prämie nicht mehr verfügbar sein. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Coole Wampe ■ Von Maxi Wunder

Matjes in Hausfrauensoße

Fordern kann man vieles – vor allem aus humanitären Gründen.

Wer hätte mit diesem Ergebnis der Klimakonferenz in Dubai gerechnet? Da gab es doch tatsächlich erdölexportierende Länder, die gar keinen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wollten! Das ist ja fast so, als würde die Vegane Gesellschaft im Deutschen Fleischerverband in Frankfurt am Main tagen und entsetzt feststellen: Metzger wollen weiterhin Tiere schlachten!

Aber ernsthaft: Soll sich Saudi-Arabien die schöne Wüstenlandschaft mit endlosen Sonnenpaneelen verschandeln wie andere Länder, allen voran China, Indien und die USA? »Auf keinen Fall!« meint Udo. »Ich liebe diese Bilder von phallischen Ölbohrtürmen im Sonnenuntergang mit Scheich im Vordergrund.« – »Alptraum!« findet Rossi. »Die Ökos hätten fordern sollen, dass kein Kraftstoff mehr produziert wird, mit dem man Panzer fahren kann. Panzer und Kampfjets sind die schlimmsten Dreckschleudern auf Erden.«

Fordern kann man vieles – vor allem aus humanitären Gründen. Ein berühmter Forderungssteller ist der portugiesische UN-Generalsekretär António Guterres. Er hatte vor zehn Tagen den Weltsicherheitsrat dringend aufgefordert, sich für die Abwendung einer »humanitären« Katastrophe im Gazastreifen einzusetzen und einen »humanitären« Waffenstillstand auszurufen, um den Menschen mehr Leid zu ersparen. Nach insgesamt knapp 20.000 Todesopfern in Nahost klingt das wie Hohn: dazu aufrufen, etwas auszurufen; darauf drängen, sich für etwas einzusetzen, etwas abzuwenden, um jemandem etwas zu ersparen – Lehrbuchbeispiele für impotente Infinitivsätze mit »zu«. Als würde man auf der Straße mitkriegen, wie einer seine Frau totschlägt, die Polizei anrufen und sagen: »Herr Wachtmeister, hätten Sie bitte die Güte, den Gatten der Dame aufzufordern, das Totschlagen einzustellen, es ist dringend!« – und dann nach Hause gehen, Matjes essen:

Matjes in Hausfrauensoße

400 g Matjesfilet in einer Schüssel Wasser gut wässern. Aus 150 ml Sahne, 150 g saurer Sahne, drei EL Mayonnaise, drei EL Gewürzgurkenwasser und zwei EL Apfelsaft eine Soße rühren. Mit frisch gemahlenem Pfeffer, einem TL Wacholderbeeren, zwei Lorbeerblättern und etwas Zucker würzen. Salz ist nicht nötig. Zwei saure Äpfel schälen, von Kernen befreien, in dünne Scheiben schneiden und unter die Soße mischen. Zwei Zwiebeln und zwei Gewürzgurken in feine Scheiben schneiden und beides in die Soße geben. Den Matjes trockentupfen und unter die Soße heben. Der Fisch sollte ca. zwei Stunden gut durchziehen. Die Soße auf den Tellern anrichten und Matjesfilet darauf geben. Schnittlauch in Röllchen schneiden und darüber streuen.

Zu Guterres' Gunsten nehme ich aber an, dass er so etwas nicht runterkriegen würde. Romanisch sozialisierte Gaumen verschmähen in der Regel Fisch-Milch-Kombinationen. Zurück zum Klima: Der Gastgeber und Chef des staatlichen Öl- und Gaskonzerns der VAE, Sultan Soundso, ist nicht alleine schuld am lahmarschigen Resultat der Klimakonferenz in Dubai. Das Militär braucht die fossilen Brennstoffe weiterhin in rauhen Mengen, um »für Demokratie und Menschenrechte« zu töten. Klimatisch trägt es damit zu einer neuen Eiszeit in Europa bei.